

"Wer immer mehr Freiheit zu Gunsten der Sicherheit opfert, wird am Ende beides verlieren".

(Benjamin Franklin)



Für Frieden - DGB-Jugend Nord

Der Krieg ist noch immer voll im Gange. Medien berichten täglich über weitere Angriffe der US-Armee, insbesondere auf die im Osten Afghanistans gelegene Stadt Tora Bora. Dabei setzt sie schwerste Waffen ein, um „Weichziele“ wie Menschen im Militärjargon genannt werden, zu treffen. Besonders stolz ist die US-Armee auf ihre 7,5 Tonnen schwere Aerosol-Bombe, die alles Leben im Umkreis von 650 Metern auslöscht.

In uneingeschränkter Solidarität schickt nun auch die Bundesregierung 2600 Soldaten in den Krieg. Dies war noch vor 1998 nicht möglich, es bedurfte erst der Rot/Grünen Regierung. Dies widerspricht nicht nur dem Grundgesetz, nach dem die Bundeswehr eine Verteidigungsarmee ist, sondern auch dem Wahlversprechen der heutigen „Kriegsparteien“, welche noch 1998 einmütig versprochen, dass „deutsche Außenpolitik“, „Friedenspolitik“ sei. Wenn die Bombardierung Tausender von Menschen inklusive ihrer Lebensgrundlagen Friedenspolitik ist, darf gefragt werden was denn Kriegspolitik ist?

„Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, dass die Bundesregierung, Koalition und Generäle nach den Gesetzen der Salamatik Anlässe suchen oder Anlässe schaffen werden, um die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber der Außenpolitik des vereinigten Deutschland noch gibt. Als Vehikel dienen dabei die Menschenrechts- und die Humanitätsfragen.“ (Joseph Fischer 1994)



Den Hintergrund für die militärischen Handlungen dürften aufgrund des massenhaften Elends, welches durch die Bombardierung verschärft wurde, wohl nicht humanitärer Art sein. Zum Einsatz deutscher Truppen im Ausland und ihrer Ziele nehmen u.a. die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 Stellung. Demnach geht es um die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt...“ (Quelle:

Verteidigungspolitische Richtlinien)

Als junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wehren wir uns entschieden gegen diese Politik, welche nicht die Verteidigung von Menschenrechten zum Ziel hat, sondern wirtschaftliche Ziele verfolgt (s.o.). Eine Wirksame Bekämpfung von Attentaten, wie jener auf das World Trade Center, sehen wir in Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung. Ein erster Ansatz kann hierfür die Einführung der Tobin-Steuer sein, wie sie u.a. von attac gefordert wird.

Die Einführung von „Anti- Terrorpaketen“, wie sie die Bundesregierung jetzt einführen möchte dient unserer Meinung nach nicht etwa dem Schutz vor Anschlägen, sondern der weiteren Einschränkung von Freiheitsrechten, wie sie u.a. die Gewerkschaftsbewegung erkämpft hat. Wir wollen nicht in einem totalen Überwachungsstaat leben und treten damit für die Verteidigung der Freiheitsrechte im Grundgesetz ein. „Wir wollen auch weiterhin eine offene und tolerante Gesellschaft bleiben.“ (DGB)



Gewerkschaftliche Stellungnahmen zum Krieg unter: www.DGB.de oder www.labournet.de -siehe auch Rückseite-

V.i.S.d.P.: DGB-Jugend Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg; Kontakt: jugend.hamburg@dgb.de

"Wer immer mehr Freiheit zu Gunsten der Sicherheit opfert, wird am Ende beides verlieren"
(Benjamin Franklin)



Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, dass die Bundesregierung, Koalition und Generäle nach den Gesetzen der Salamtaktik Anlässe suchen oder Anlässe schaffen werden, um die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber der Außenpolitik des vereinigten Deutschland noch gibt. Als Vehikel dienen dabei die Menschenrechts- und die Humanitätsfragen."

(Joseph Fischer 1994)

„Milliarden von Dollars werden für das Militär und die innere Sicherheit zur Verfügung gestellt, während sie bei solch grundlegend wichtigen innenpolitischen Programmen, wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Sozialversicherung gestrichen werden“

(Erklärung von Gewerkschaftern des Raums New York City zum 11. September)

"Wie wir diese riesigen Verluste an Menschenleben beklagen, erklären wir unseren Widerstand gegenüber Versuchen, diese Tragödie zu benutzen, um sich in militärischen Handlungen zu engagieren... Wir weisen den Gedanken zurück, dass ganze Nationen bestraft werden müssen für die Handlungen einiger weniger. Bombenangriffe und Militärschläge werden nur einen endlosen Kreislauf von Rache fördern..."

(Gewerkschaftsrat der AFL-CIO, USA, 24. September 2001)

„Wir, die Delegierten des außerordentlichen Bezirksverbandstages der IG Bau-Agrar-Umwelt, verurteilen die grausamen und menschenverachtenden Terroranschläge vom 11.9.2001 auf symbolische Gebäude der USA, aber auch die Bombardierung der Städte in Afghanistan und die Beteiligung der Bundeswehr an dem "New War" lehnen wir ab“.

(Resolution der IG BAU Düsseldorf)

„Den Militär-Einsatz deutscher Soldaten lehnen wir ab. Frieden und Freiheit können auf Dauer nur durch Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit, Toleranz, Menschenrechte und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erreicht werden. Das Recht muss der Macht den Weg weisen und sie den Respekt vor den Grundwerten lehren, die das Wesen der modernen Zivilisation ausmachen, ihr Form und Gehalt geben. Auf Armut und Unterdrückung lässt sich kein Frieden bauen. Langfristig wird Terrorismus nur zu bekämpfen sein, in dem ihm der wirtschaftliche, soziale, politische und ideologische Nährboden entzogen wird“.

(DGB-Bundesfrauenkonferenz 22.-24.11.2001)

„Wir sagen nein zum militärischen Einsatz der Bundeswehr und der weiteren Aufrüstung im Namen der Antiterrorbekämpfung“.

(DGB-Bundesfrauenkonferenz 22.-24.11.2001)

"Krieg und Frieden waren und bleiben ein zentrales Thema der Arbeiterbewegung."

(Stellvertretender Vorsitzender der IG Metall, Kollege Jürgen Peters)

